

„Der Staat verliert die Kontrolle“ – Bürger werfen Stadt und Politik Versagen bei Sicherheitslage in Essen-Kupferdreh vor

24.03.2026

Die Lage im Essener Stadtteil Kupferdreh ist eskaliert. Anwohner, Geschäftsleute und Medien berichten übereinstimmend: Bedrohungen durch Gruppen von Kindern und Jugendlichen gehören zum Alltag. Die Vorfälle reichen von Einschüchterungen und Sachbeschädigungen bis hin zu Angriffen mit Böllern und Flaschen. Für viele Bürger ist der öffentliche Raum zu einem Ort der Angst geworden. Besonders alarmierend: Selbst junge Kinder bedrohen andere Kinder und ältere Menschen. Eltern holen ihre Kinder vom Bus ab, da der Schulweg nicht mehr sicher ist. Ganze Bereiche werden gemieden – ein untragbarer Zustand in einem Rechtsstaat.

„Wir erleben ein massives Versagen staatlicher Schutzfunktion. Wenn Eltern ihre Kinder nicht mehr allein zur Schule schicken können, ist eine rote Linie überschritten“, erklärt Pressesprecher Andreas Lojewski, der im angrenzenden Stadtteil Essen-Burgaltendorf lebt und die Entwicklung in Kupferdreh seit Monaten aus nächster Nähe beobachtet.

„Ich sehe täglich, was hier passiert. Viele der beteiligten Jugendlichen haben erkennbar einen Migrationshintergrund – das darf nicht länger tabu sein. Gleichzeitig zeigt sich: Integration funktioniert vielerorts nicht ausreichend. Diese Entwicklung ist auch das Ergebnis politischer Fehlentscheidungen.“

Der Staat wird seiner Schutzpflicht nicht gerecht. Die Verantwortung liegt auch bei Behörden und politischen Entscheidungsträgern, die die Lage zu lange unterschätzt haben. Die Realität ist eindeutig: Hemmschwellen sinken, Gewalt nimmt zu – das Vertrauen der Bürger schwindet.

Wir fordern:

- Dauerhafte Polizeipräsenz an Brennpunkten
- Konsequente Maßnahmen gegen Täter und – soweit möglich – Erziehungsberechtigte
- Null-Toleranz bei Gewalt und Sachbeschädigung
- Klare politische Verantwortung und transparente Aufarbeitung
- Einen verbindlichen Maßnahmenplan mit klarem Zeitrahmen

Wer Sicherheit nicht gewährleisten kann, verliert das Vertrauen der Bürger. Ein Rechtsstaat darf nicht zulassen, dass Angsträume entstehen und Bürger sich selbst schützen müssen. Die Geduld der Bevölkerung ist erschöpft. Bleibt eine Verbesserung aus, werden weitere Schritte geprüft – bis hin zu Protesten und rechtlichen Maßnahmen.